



Liebe Leserinnen,

dies ist die erste Ausgabe unseres AsF-Newsletters. Hier wollen wir unsere Arbeit präsentieren und mit Euch ins Gespräch kommen.

Wie wichtig der stetige Einsatz für die Belange der Frauen in unser Gesellschaft ist, hat uns die OECD kürzlich wieder schmerzlich vor Augen geführt: Im europäischen Vergleich ist Deutschland mit 23 Prozent Spitzenreiter bei den Gehaltsunterschieden zwischen Frauen und Männern. Der Equal Pay Day macht alljährlich auf diese Missstände aufmerksam, 2012 wird er am 23. März begangen.

Auch der geringe Frauenanteil in Führungspositionen kann kaum ernsthaft als qualifikationsbedingt angesehen werden, weshalb ich Euch an dieser Stelle ausdrücklich um Eure Unterstützung für die Berliner Erklärung bitten möchte.

Eure Corinna Reinecke

Mitglieder im AsF-Landesvorstand:

Vorsitzende	Corinna Reinecke, KV Wittenberg
Stellv. Vorsitzende	Birgit Buß, KV Börde Victoria Schmid, KV Saalekreis
Beisitzerinnen	Ursula Binde, KV westliche Altmark Petra Börst-Harder, KV Harz Angelika Engel, KV Jerichower Land Kerstin Mogdans, SV Magdeburg Irina Oberländer, KV Saalekreis Inka-Ulrike Plaßmann, KV Börde Renate Schmidt, KV Anhalt-Bitterfeld Sarah Schulze, SV Magdeburg

Frauen machen Zukunft. Der demografische Wandel als Chance

Der demografische Wandel ist allgegenwärtig: Bis 2025 droht auch Sachsen-Anhalt ein Bevölkerungsverlust von ca. 440.000 Personen. Das hat natürlich Auswirkungen auf wesentliche gesellschaftliche Grundlagen wie soziale Sicherungssysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge.

Im Mittelpunkt der Frauentagsveranstaltung von AsF-Stadtverband Magdeburg und AsF-Landesverband stand daher die Frage nach den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rechte und



Die Wissenschaftlerin Dr. Babette Scurell, Stiftung Bauhaus Dessau, unterstrich: „Nicht Frauen kriegen zu wenig Kinder, sondern zu wenig Frauen kriegen Kinder.“ Den Bevölkerungsschwund führt sie auf fehlende Haltefaktoren zurück.

„Die Leute wandern nicht ab, weil sie vor Ort nicht mehr leben wollen, sondern weil sie hier nicht mehr leben können.“ Zukünftig müsse es deshalb zu einer Re-Regionalisierung von Wirtschaft und einer Neuorganisation des Zusammenlebens kommen.

Dem pflichtete Katrin Budde, SPD-Landesvorsitzende, bei: „Es ist enorm wichtig, das Thema zu institutionalisieren und den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich an jeder Stelle dieser Gremien institutionell einzubringen.“ Der SPD-Landesverband geht mit dem neugegründeten „Fachausschuss Demografie“ mit gutem Beispiel voran.

Fortsetzung von Seite 1:

Corinna Reinecke, ASF-Landesvorsitzende, hob die bildungspolitischen Auswirkungen des demografischen Wandels hervor. Denn gerade in der Bildungspolitik müssten die vorhandenen Potenziale besser genutzt werden: „Wir müssen die Bildungsinhalte und Berufsorientierung so ausrichten, dass sie Mädchen und Jungen gleichermaßen ansprechen.“ Ebenso wichtig ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, d.h. die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für junge Familien. Zum Ausklang der gut besuchten Veranstaltung konnten die neuen Ansätze in Diskussionen im kleineren Rahmen fortgesetzt werden.

Verbindlich statt freiwillig: Berliner Erklärung unterzeichnen!

Die Berliner Erklärung ist eine überparteiliche Initiative namhafter Frauen aus Politik und Gesellschaft, die zum Ziel hat, mehr Geschlechtergerechtigkeit in Führungsgremien von Unternehmen zu erreichen: die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Berliner Erklärung fordern eine gesetzliche Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen.

Hintergrund: Auch mehr als 10 Jahre nach Abschluss der freiwilligen Selbstverpflichtung zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft haben Frauen kaum Chancen, in die Spitzenpositionen in Deutschlands Großunternehmen aufzusteigen. Deren Vorstände und Aufsichtsräte sind weiterhin fast ausschließlich mit Männern besetzt.

Ziel der Berliner Erklärung ist es, ein gesellschaftliches Bündnis zur Förderung der Gleichberechtigung in deutschen Unternehmen auf den zu Weg bringen. Noch bis Ostern sammelt die Initiative deshalb Unterschriften, die dann der Bundeskanzlerin übergeben werden sollen. Geht alles gut, kann bis 2013 einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht werden. Die Zeit drängt, bekanntlich werden 2013 viele Aufsichtsräte neu besetzt.

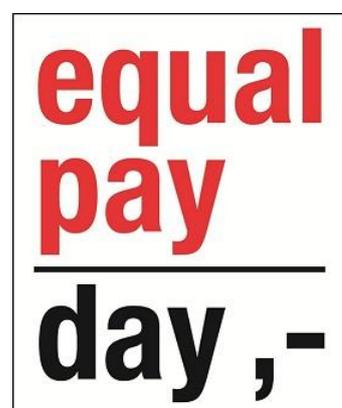
Bislang haben über 14.000 Personen, darunter Prominente aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Gesellschaft, die Erklärung unterschrieben. Wir würden uns freuen, wenn sie auch Eure Unterstützung finden würde. Die Berliner Erklärung kann unter:

Impressum:

V.i.S.d.P.: Corinna Reinecke
Redaktion: Sarah Schulze
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle, AsF-Landesverband
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Termine:

23. März 2012: Equal Pay Day



initiiert von
Business and Professional Women Germany e.V.

Nach wie vor „verdienen“ Frauen im Vergleich zu Männern durchschnittlich 23 Prozent weniger Gehalt für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Am Equal Pay Day („Tag für gleiche Bezahlung“) wird alljährlich auf diese Lohnlücke zwischen Männern und Frauen und seine Ursachen aufmerksam gemacht.

In diesem Jahr markiert der 23. März symbolisch den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus länger arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Jahresgehalt von Männern zu kommen. 2011 waren das volle 83 (!) Tage. Anlässlich des Equal Pay Days finden bundesweit Aktionen und Veranstaltungen statt.